

**14. Trilaterale Regierungskonferenz
zum Schutz des Wattenmeeres
„Gemeinsam für das EINE Weltnaturerbe Wattenmeer“**

Wilhelmshaven, 28. November – 1. Dezember 2022



Treffen des Trilateralen Wattenmeerrates

29 November 2022

**GEMEINSAME ERKLÄRUNG DÄNEMARKS, DEUTSCHLANDS
UND DER NIEDERLANDE**

Am 29. November 2022 kam der Trilaterale Wattenmeerrat unter dem Vorsitz der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Bettina Hoffmann zusammen. Das Treffen war ein wichtiger Teil der unter dem Motto „Gemeinsam für das EINE Weltnaturerbe Wattenmeer“ in Wilhelmshaven stattfindenden Trilateralen Regierungskonferenz. Auf deutscher Seite nahmen außerdem die Umweltminister von Niedersachsen, Christian Meyer, und Schleswig-Holstein, Tobias Goldschmidt, sowie der Hamburger Senator Jens Kerstan teil. Für die Niederlande war die Ministerin für Natur und Stickstoff, Christianne van der Wal, angereist. Dänemark wurde durch die Abteilungsleiterin Charlotte Brøndum aus dem Umweltministerium vertreten.

Ziel des Trilateralen Wattenmeerrates war eine Einigung auf die Erklärung von Wilhelmshaven mit einer Reihe politischer Vereinbarungen und Maßnahmen, die in den kommenden vier Jahren durch die Trilaterale Wattenmeerzusammenarbeit unter dänischem Vorsitz umzusetzen sind. Dazu gehört der übergreifende integrierte Managementplan (SIMP) als gemeinsames Managementinstrument für die EINE Welterbestätte Wattenmeer. Die dänische Vertreterin informierte den Trilateralen Wattenmeerrat darüber, dass Dänemark die Erklärung von Wilhelmshaven aufgrund der aktuellen Lage im Parlament nicht unterzeichnen könne. Sie versicherte, dass Dänemark weiterhin fest zur trilateralen Wattenmeerzusammenarbeit stehe. Daher wurde beschlossen, die Unterzeichnung der Erklärung von Wilhelmshaven auf das baldmöglichste Datum nach dem Amtsantritt einer neuen Regierung in Dänemark zu verschieben.

Die Delegationen dankten der deutschen Präsidentschaft für ihren Vorsitz in der Trilateralen Wattenmeerzusammenarbeit in der vorangegangenen Periode, insbesondere der Vorsitzenden des Wattenmeerausschusses, Prof. Karin Lochte. Gleichzeitig begrüßten sie die Übernahme des Vorsitzes durch Dänemark und vereinbarten, Anne-Marie Rasmussen als neue dänische Vorsitzende des Wattenmeerausschusses einzusetzen.

Die deutsche Parlamentarische Staatssekretärin, die Ministerin für Natur und Stickstoff der Niederlande, die Umweltminister von Schleswig-Holstein und Niedersachsen und der Senator der Hansestadt Hamburg setzten anschließend ihre Diskussionen fort.

- Sie brachten ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass der Druck auf den außergewöhnlichen universellen Wert (OUV) der Welterbestätte Wattenmeer durch die globale Dreifachkrise aus Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Verschmutzung sowie zunehmende menschliche Aktivitäten steigt.

- Sie bekräftigten ihre feste Entschlossenheit, diese Herausforderungen gemeinsam anzugehen, um die Widerstandsfähigkeit der Welterbestätte Wattenmeer gegenüber dem Klimawandel unter Berücksichtigung natürlicher, sozialer und kultureller Aspekte und unter Wahrung der Sicherheit der lokalen Bevölkerung und der Gäste zu stärken, negative Auswirkungen menschlicher Aktivitäten auf den OUV zu verhindern und Ökosysteme wiederherzustellen, wo dies nötig und möglich ist. Sie unterstrichen die wichtige Rolle des Wattenmeeres im weltweiten Netzwerk der Weltnaturerbestätten.
- Sie betonten weiterhin die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns, um die Funktion des Wattenmeeres als essentielles Rastgebiet für Zugvögel zu schützen.
- Sie unterstrichen, dass die Annahme und Umsetzung des übergreifenden integrierten Managementplans (SIMP) für die EINE Welterbestätte Wattenmeer in den nächsten Jahren eine wichtige Rolle beim Schutz des OUV spielen wird. Der Entwurf des Plans wurde in einem breitangelegten Beratungsverfahren gemeinsam mit Gebietsmanagement und Interessensgruppen aus den Regionen erarbeitet und vom Wattenmeerausschuss angenommen.

Zu den wichtigsten Punkten der aktuellen Version der Erklärung von Wilhelmshaven fand ein Gedankenaustausch statt. Die deutsche Bundesumweltministerin, die Ministerin für Natur und Stickstoff der Niederlande, die Umweltminister von Schleswig-Holstein und Niedersachsen und der Senator der Hansestadt Hamburg betonten ihren gemeinsamen Willen zum fortgesetzten Schutz der UNESCO-Welterbestätte Wattenmeer und zur Steigerung des Ambitionsniveaus. Sie einigten sich auf eine Reihe wichtiger Themen, zu denen unmittelbar Maßnahmen eingeleitet werden sollen, u. a.:

- Gemeinsame Annahme und Umsetzung des übergreifenden integrierten Managementplans (SIMP) für die EINE Welterbestätte Wattenmeer, um ein koordiniertes Management in der gesamten Welterbestätte zu fördern und so die Herausforderungen zu bewältigen, die sich aus Klimawandel, Biodiversitätsverlust und zunehmenden menschlichen Aktivitäten ergeben. Intensivierung der Zusammenarbeit mit strategischen Partnern aus der Wattenmeerregion, um die genannten Herausforderungen gemeinsam und partnerschaftlich anzugehen, z. B. durch eine Stärkung des Austauschs zwischen Gebietsmanagement und Interessensgruppen aus den Regionen.
- Gemeinsame Arbeit an Lösungen, um die Welterbestätte Wattenmeer klimaresilient zu machen.
- Vorankündigung einer gemeinsam koordinierten Ausschreibung für Forschungsprojekte im ersten Quartal 2023. Mittel in Höhe von mindestens 13 Millionen Euro sollen zur Verfügung gestellt werden, um mehr Wissen zu den (kumulativen) ökologischen Auswirkungen von Klimawandel und menschlichen Aktivitäten im Wattenmeer zu generieren.
- Zusammenarbeit bei den Herausforderungen einer nachhaltigen und möglichst naturverträglichen Ausgestaltung der Energiewende, z. B. hinsichtlich der Auswirkungen von Offshore-Netzanschlüssen und Pipelines auf den OUV oder bei Planungsprozessen und der Beteiligung von Interessensgruppen. In einem ersten Schritt soll in Zusammenarbeit mit den Schifffahrtsbehörden die Doppelnutzung von Fahrwassern sowohl für die Schifffahrt als auch für Offshore-Stromkabel und Wasserstoffpipelines geprüft werden, um so Auswirkungen auf die Welterbestätte zu minimieren.
- Evaluierung und Überarbeitung bestehender Sicherheitsmaßnahmen für das besonders empfindliche Meeresgebiet (PSSA) Wattenmeer gemeinsam mit den zuständigen Schifffahrtsbehörden und relevanten Interessensgruppen.

Die deutsche Parlamentarische Staatssekretärin, die Ministerin für Natur und Stickstoff der Niederlande, die Umweltminister von Schleswig-Holstein und Niedersachsen und der Senator der Hansestadt Hamburg freuen sich auf die Unterzeichnung der Erklärung von Wilhelmshaven und rufen Dänemark dazu auf, den SIMP anzunehmen, sobald eine neue dänische Regierung ernannt ist.